

Gerhard Bittner

Zeitschrift Entwicklungspolitik

**Symposium „Friedenspolitik nach dem 11. September und dem Irak-Krieg
17.12.2004**

Museum der Weltkulturen - Frankfurt/Main

Vorbemerkung

„Entwicklung ist ein anderes Wort für Friede“ ist das Schlüsselwort in der Enzyklika „Pacem in Terris“ von Papst Paul VI. Wenn ich daher zu heutigen Entwicklungen einer internationalen Friedenspolitik Anmerkungen vorlegen kann, ist dieser entwicklungs-politische Hintergrund immer gegeben. Zumal dieses Symposium von der Zeitschrift Entwicklungspolitik veranstaltet wird.

Eine zweite Bemerkung. Die internationale Politik hat sich nicht erst seit dem 11. September dramatisch verändert. Mit der Wende in Europa Ende der 80er-Jahre, der Öffnung nach Osten und dem Wegfall erstarrter Ideologien und Blöcke ergab sich eine neue Situation. Die Aufteilung in eine bipolare Welt fand auch in den Ländern Afrikas, Asiens und Lateinamerikas ein Ende.

Die Entwicklungspolitik hat dies mehr betroffen, als dies innerhalb der Szene selbst diskutiert wurde. Zu sehr war man mit Fragen einer Entwicklungszusammenarbeit beschäftigt. Der Mangel an Grundsatzdebatten zu neuen globalen Herausforderungen für Gerechtigkeit und Frieden war die Folge.

Im Sinn dieser geforderten Grundsatzdebatte möchte ich zwei Bereiche ansprechen. Die Bedeutung internationaler Organisationen für eine konkrete Weltgestaltung und die Aufgabe der Religionen für eine internationale Friedenspolitik.

Die Bedeutung internationaler Organisationen

In Europa erleben wir in diesen Jahrzehnten eine Veränderung im Selbstverständnis von Nationalstaatlichkeit. Auch wenn innerhalb der Europäischen Union regionale und partielle Interessen gegenüber dem Prinzip des Gemeinwesens eingefordert werden, das Grundanliegen der Union scheint unbestritten: Durch stabile Wert- und Wirtschaftsgrundlagen Friedenssicherung zu erreichen.

Es ist gelungen, die Identifizierung gesamteuropäischer Interessen auf einer über den nationalen Interessen liegenden Ebene zu verankern.

Dazu gehört auch der Ansatz einer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik und ebenso die Aufbau einer gemeinsamen militärischen Struktur. Die zuletzt genannten Bereiche sind besonders durch den Terroranschlag des 11. Septembers wie der Ereignisse rund um den Irak-Krieg einer rascheren Lösung zuzuführen, als dies bisher erfolgen konnte. Die EU muss diese Weltverantwortung gemeinsam stärker wahrnehmen, aber auch die dafür notwendigen Instrumente schaffen. Die GASP als Annex einer US-amerikanischen Sicherheitspolitik zu verstehen geht am friedenspolitischen Auftrag der Union vorbei.

Dies erfordert ein verstärktes Engagement der Union bei den Vereinten Nationen. Erst im Ernstnehmen der UN, des Völkerrechtes wie einer Stärkung gemeinsamer Maßnahmen als Mittel einer internationalen Völkerverständigung ist Friedenspolitik grundgelegt.

Die drei Regeln für den Frieden, die Emanuel Kant in seiner Abhandlung „Zum ewigen Frieden“ 1795 benannte, sind im Dienst einer weltweiten Friedenspolitik aktueller denn je: Eine republikanische Verfassung in jedem Staat, ein allgemein gültiges Völkerrecht und ein Weltbürgerrecht als verbrieftete Erwartung, überall als Gast behandelt zu werden.

Aufgabe der Religionen für einen weltweiten Frieden

Udo Steinbach konstatiert in dieser Zeit eine zunehmende Entfremdung zwischen islamischen Staaten auf der einen und dem Westen auf der anderen Seite. Er fordert in Europa eine verstärkte Dialogbereitschaft mit konkreten Gesprächsangeboten an die Muslime, auf allen Ebenen. Dieser Forderung kann man sich nur anschließen.

Die christlichen Kirchen stehen hier vor einer neuen Aufgabe. Evangelisierung heißt hier nicht, Andersgläubige zu bekehren, sondern ihnen in ihrer religiösen Selbstfindung zu helfen. Die Entfremdung von Muslimen in einer – in europäischen wie heimatlich – zunehmend durch westliche Werte geprägte Gesellschaft, bedarf einer Begleitung. Dies ist auch Aufgabe unserer christlichen Kirchen – zumal uns der gemeinsame Glaube an den einen Gott verbindet.

Den Dialog kann man nur vorbereitet führen. Es bedarf daher innerhalb der Kirchen einer Besinnung auf das Verhältnis zu den Muslimen, der Kontakt- und Gesprächsangebote wie der Schaffung von konkreten Lebensräumen. Die staatliche Anerkennung etwa der muslimische Glaubensgemeinde in Österreich vor nun 25 Jahren hat sich sehr bewährt.

Es ist auffällig, wie sehr im Bemühen um eine neue Weltordnung, politische Konzepte mit theologisch begründet werden. Der „Kampf gegen das Böse“ wird mit falschen christlichen Wertvorstellungen verknüpft. Statt Gewaltlosigkeit wird Gewaltanwendung zum politischen Instrument.

Die Aufgabe der christlichen Kirchen ist es, dem entgegenzuwirken: Durch theologische Reflexion ebenso wie durch Friedensprojekte innerhalb ihrer Entwicklungszusammenarbeit.

Für die Katholische Kirche wird dies zu den zentralen Fragen eines neuen Konzils gehören. Das 2. Vaticanum ist hier nur in Ansätzen zu neuen Sichtweisen gekommen. Das ist kein Vorwurf, aber ebenso wie andere drängenden Themen unserer Zeit – ich nenne die Umwelt, die Bevölkerungsentwicklung, die Fragen der Biochemie und Gentechnologie – bedarf es einer neuen Reflexion. Da sind innerkirchliche Fragen wie Zölibat oder Eheverständnis vorerst zweitrangig, auch wenn sie menschengerecht zu lösen sind. Ein kommendes Pontifikat wird sich diesen Fragen zu stellen haben.

Zum Abschluss

Dom Helder Camara brachte es auf den Punkt:

„Wenn ich den Armen etwas zu essen gebe, nennt man mich einen Heiligen. Aber wenn ich frage, warum die Armen nichts zu essen haben, nennt man mich einen Unruhestifter.“

Wir brauchen mehr Unruhestifter